

Slowakei

Kai-Olaf Lang

Für die Slowakei war es ein Jahr innenpolitischer Veränderungen und außenpolitischer Herausforderungen im Zusammenhang der Ukraine-Krise. Präsidentschafts- und Europawahlen waren wichtige Tests für die Beliebtheit von Ministerpräsident Robert Fico und seiner sozialdemokratischen Partei Smer-SD. Der Konflikt in der Ukraine und die Eintrübung der EU-Russland-Beziehungen brachten den russlandpolitischen Pragmatismus Ficos in ein Spannungsverhältnis mit den Loyalitäts- und Solidaritätserfordernissen im europäischen Rahmen. Integrationspolitisch hielt Fico weiterhin an einem EU-bejahenden Kurs fest, trat aber für mehr Flexibilität bei der Stabilisierung der Staatsfinanzen ein.

Präsidentschafts- und Europawahlen

Da die zweite und damit letzte Amtszeit des bisherigen Staatspräsidenten Ivan Gasparovic Mitte 2014 ablief, stand fest, dass die im Frühjahr dieses Jahres anstehenden Wahlen einen Wechsel im Amt des Staatsoberhauptes zur Folge haben würden. Robert Fico, Ministerpräsident und Vorsitzender der alleinregierenden Partei Smer-SD, hatte sich lange bedeckt gehalten und erst kurz vor Beginn des Wahlkampfes erklärt, dass er sich bewerben werde. Die wichtigsten Oppositionsparteien hatten sich nach mühseligen Verhandlungen auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt, den Christdemokraten und früheren Parlamentspräsidenten Pavol Hrusovsky, doch waren dessen Chancen angesichts starker Alternativen aus dem Bereich der rechten Mitte recht zweifelhaft. Zu diesen Mitbewerbern gehörte der durch Wohltätigkeitsprojekte bekannt gewordene Unternehmer Andrej Kiska, der junge Verfassungsrechtler Radoslav Prochazka (Ex-Mitglied der Christdemokratischen Bewegung KDĽ) und Milan Knazko, ein beredter, aber umstrittener Politiker, der die Höhepunkte seiner Karriere während des Systemwechsels und als Kritiker des semiautoritären früheren Regierungschefs Meciar hatte.¹ Da Fico als Führungsfigur der klar stärksten Partei als Favorit ins Rennen ging, waren bereits die Ergebnisse des ersten Wahlgangs vom 15. März 2014 eine herbe Enttäuschung für ihn. Fico erhielt nur 24% der Stimmen, wohingegen die Kandidaten der oppositionellen Mitte-Rechts-Parteien beinahe zwei Drittel der aktiven Wähler hinter sich bringen konnten. In der zweiten Runde unterlag Fico deutlich (mit 41% zu 59%) gegen seinen stärksten Gegenkandidaten Kiska. Ursächlich für dieses Resultat waren zumindest die folgenden Faktoren: Große Teile der slowakischen Gesellschaft waren unzufrieden mit der Politik der von Fico geführten Regierung. Selbst 40% der Smer-SD-Anhänger, also Ficos ureigenste Klientel, äußerte sich in diesem Sinne.² Überdies fürchteten sich beachtliche Segmente der Wählerschaft für den Fall eines Wahlsiegs von Fico vor einer „Alleinherrschaft“ der Smer-SD, die seit 2012 mit einer satten absoluten

1 Politolog Grigorij Meseznikov hodnoti kandidatov na prezidenta, Nachrichtenportal Topky.sk, 28.1.2014; <http://www.topky.sk/cl/1000737/1375762/Politolog-Grigorij-Meseznikov-hodnoti-kandidatov-na-prezidenta>.

2 Hierzu und insgesamt zum Wahlausgang: The presidential defeat of Robert Fico Slovak Reaction to the Low Level of Trust in Traditional Politicians, Interview with Grigorij Meseznikov, political analyst and founder of the Slovak Institute for Public Affairs, in: Visegrad Insight, 3.4.2014, <http://visegradinsight.eu/andrej-kiska-entrepreneur-philanthropist-turned-politician>.

Mehrheit regiert. Schließlich verfiel Kiskas Kampagne, die ihn als „ehrliche Haut“, professionellen Geschäftsmann sowie als Nicht-Politiker profilierte.

Bei den Europawahlen blieb die Smer-SD trotz spürbarer Verluste (acht Prozentpunkte gegenüber 2009) mit knapp einem Viertel der Wählerstimmen dominante politische Kraft und einziger relevanter Akteur des linken Spektrums. Demgegenüber existiert eine Vielfalt von Gruppierungen, die von der liberalen Mitte bis ins traditionalistisch rechts-konservative Milieu reichen. Kennzeichnend ist, dass die rechtszentristische Opposition sowohl fragmentiert als auch instabil ist. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament kam die rechte Mitte auf einen Stimmenanteil von 54%, jedoch verteilte sich dieser auf sieben Parteien, die jeweils einen oder zwei Abgeordnete erhielten. Damit ist unklar, wer im konservativen Bereich die Führungsposition hat. Während sich die Christdemokraten (KDH) konsolidieren konnten, ist die ehemals stärkste Partei der rechten Mitte, die SDKU-DS in eine existentielle Krise geraten. Weiterhin spielen ideologisch unklar profilierte sowie europakritische Gruppierungen eine beachtliche Rolle. Bei den Europawahlen gelang es der teils katholisch verwurzelten Protestpartei OLaNO, der marktliberalen euroskeptischen SaS und der neu gegründeten Partei NOVA je einen Sitz zu erringen.³ Überdies schicken auch beide der in der ungarischen Minderheit verankerten Parteien, die gemäßigte Most-Hid und die „patriotischere“ Partei der ungarischen Gemeinschaft (SMK-MKP), die beide der Europäischen Volkspartei (EVP) angehören, Abgeordnete nach Brüssel und Straßburg.

Verlauf und Ergebnisse der Europawahlen wie auch der Präsidentschaftswahlen deuten auf eine ausgeprägte Politikverdrossenheit in der slowakischen Gesellschaft hin. Die ohnehin niedrige Wahlbeteiligung reduzierte sich gegenüber 2009 nochmals um mehr als 7 Prozentpunkte und fiel auf 13%. Politische Neueinsteiger haben weiterhin gute Chancen – hierzu gehören „unpolitische“ und „unverbrauchte“ Gesichter wie der neue Staatspräsident oder Start-Up-Parteien (mit durchaus bekanntem Führungspersonal). Bei den Europawahlen ging mehr als ein Fünftel der Stimmen an teils unkonventionelle oder populistische Kleinparteien. Dass Rechtsradikale ihren Überraschungserfolg bei den Regionalwahlen vom Spätherbst 2013 nicht bestätigen konnten (damals wurde der Ultranationalist Marian Kotleba zum Präsidenten der Region Banska Bystrica gewählt) zeigt, dass der Unmut in der Wählerschaft nicht den Extremen, sondern einer eher unklar definierten Mitte zuträglich ist. Im Frühjahr 2014 konstituierte sich mit der Gruppierung *Siet* um den Drittplatzierten bei den Präsidentschaftswahlen, Prochazka, abermals eine neue Partei der rechten Mitte, die in Umfragen aus dem Stand zweistellige Werte erreichte.

Die Slowakei und die Ukraine-Krise

Als direkter Nachbar blickte die Slowakei aufmerksam auf die Entwicklung in der Ukraine. Während die slowakische Politik generell den Assoziierungsprozess der Ukraine mit der EU unterstützte, auf den Dialog zwischen den Lagern in der Ukraine drängte und das Vorgehen Russlands kritisierte, traten frühzeitig Akzentunterschiede nicht nur zwischen Regierung und Opposition, sondern auch innerhalb des Regierungslagers auf. Charakteristisch waren die Differenzen zwischen Regierungschef Fico und Außenminister Lajcak. Während Fico bei der Zuspitzung der innerukrainischen Situation Ende 2013 zunächst lange schwieg und eher verhaltene Kritik an Präsident Janukowitsch übte, verurteilten Lajcak und sein Haus frühzeitig repressive Maßnahmen der Janukowitsch-Seite und mahnten gegenüber Kiew die

3 Im Bündnis mit zwei kleineren Gruppierungen, der Konservativ-Demokratischen Partei (KDS) und der Konservativen Bürgerpartei (OKS).

Fortführung eines proeuropäischen Kurses an.⁴ Nach der russischen Annexion der Krim und den Kriegshandlungen im Osten der Ukraine, traten die abweichenden Positionen noch stärker zu Tage. Fico signalisierte hinsichtlich der EU-Sanktionspolitik gegenüber Russland Zweifel und Zurückhaltung. Ende August 2014 erklärte Fico, er werde es sich vorbehalten, gegen eine weitere Verschärfung der EU-Strafmaßnahmen gegen Russland zu stimmen, wenn dies das nationale Interesse der Slowakei beschädige. Prinzipiell bezeichnete Fico die Sanktionen gegen Russland als sinnlos und kontraproduktiv.⁵ Die wenig begeisterte Haltung Ficos gegenüber der Ukraine sowie sein „pragmatischer“ Kurs gegen Russland brachte ihm erhebliche Kritik nicht nur seitens der Opposition, sondern auch aus der Ukraine ein. Der ukrainische Botschafter in Bratislava etwa griff Fico ungewöhnlich scharf an und warf ihm vor, sich wie ein „schlechter Nachbar“ zu verhalten.⁶

Hinter der Haltung Ficos standen vor allem drei Motive. Erstens waren bzw. wären von den Sanktionen und deren Verschärfung einige slowakische Unternehmen bzw. Branchen betroffen. Neben einigen Produzenten von Baufahrzeugen oder anderen Gütern, die als Dual-Use-Waren mit zivil-militärischer Nutzung eingestuft wurden, geht es vornehmlich um den Finanzsektor und die Automobilindustrie.⁷ Allerdings gehen nur rund fünf Prozent aller slowakischen Ausfuhren nach Russland, so dass sich Fachleute in der Slowakei eher vor indirekten Effekten fürchten, wie einem Abkühlen der deutschen Wirtschaft infolge der Sanktionen.⁸ Zweitens ist Fico aus innenpolitischen Gründen an günstigen Energie-, und damit an niedrigen Gaspreisen gelegen. Eine übermäßig Russland-kritische Politik birgt das Risiko, dass künftige Verhandlungen mit dem Hauptlieferanten Gazprom verkompliziert würden oder dass es sogar zu Lieferengpässen kommt. Und drittens ist Ficos außenpolitisches Koordinatensystem traditionell durch wenig Empathie für die Ukraine, begrenzte Begeisterung für die strategischen Interessen der USA und viel Verständnis für Russland geprägt. Fico wandte sich denn auch klar gegen die Stationierung von Bündnistruppen.

Trotz aller Verbalkritik an der Russland-Politik des Westens scherte Fico jedoch in der Beobachtungsperiode nicht aus dem gemeinsamen Ansatz der EU aus. Zu Recht konnte Fico vornehmlich darauf verweisen, dass die Ukraine seit Herbst 2014 von der Slowakei aus – wenn auch nach langem Hin und Her – mit Gas versorgt wird. Nach schwierigen Verhandlungen unterzeichneten der slowakische Transitnetzbetreiber Eustream und der ukrainische Gaskonzern Ukrtransgaz im April 2014 eine Vereinbarung über die Umkehr der Fließrichtung von Erdgas, die am 2. September umgesetzt wurde.⁹ Die slowakischen Gaspipelines können demnach, zusätzlich der regulären Nutzung, auch zur Verbringung von Gas von Westen nach Osten genutzt werden. Auch wenn nicht, wie von der Ukraine gewünscht, alle vier Leitungsstränge hierfür verwendet werden, lassen sich durch die Nachrüstung einer kleineren Pipelineverbindung vom slowakischen Vojany ins ukraini-

4 Exemplarisch eine kritische Erklärung des slowakischen Außenministeriums hinsichtlich der kontroversen Gesetze des Janukowitsch-Lagers von Mitte Januar 2014, Vyhlasenie MZVaEZ SR k prijatiu suboru zakonov, ktore ukrajinsky parlament schvalil 16. januara 2014, Bratislava, 17.1.2014, www.mzv.sk.

5 Fico si vyhradil pravo odmietnuť europske sankcie voci Rusku, in: Sme, 31.8.2014, www.sme.sk.

6 Ukrajinsky velvyslanec: Fico rozprava ako zly sused, Interview mit dem ukrainischen Botschafter in der Slowakei, Oleh Havasi, in: Sme, 5.9.2014, www.sme.sk.

7 So geht es z.B. um die Refinanzierungsmöglichkeiten der Tochterfirma der Sberbank in der Slowakei (diese wurde zunächst nicht von den Sanktionen betroffen) oder ein mögliches Einfuhrverbot von Kraftfahrzeugen nach Russland aus der EU als Gegenmaßnahme (hiervon wäre v.a. Volkswagen, weniger die anderen in der Slowakei ansässigen Automobilhersteller betroffen).

8 Slovakia to feel sanctions, in: Slovak Spectator, 7.8.2014, <http://spectator.sme.sk>; Uprostred strategickej bitky, in: Tyzden, 39/2014, 22.9.014.

9 Dohoda o toku plynu na Ukrajinu je podpísana, Meldung des Portals Euractiv.sk vom 28.4.2014, www.euractiv.sk; Slovensko spustilo reverzny tok plynu Ukrajincom, in: Sme, 2.9.014.

sche Uschhorod, jährlich bis zu zehn Milliarden Kubikmeter Gas in die Ukraine transportieren. Dies entspricht etwa 40% der ukrainischen Erdgasimporte aus Russland. Sorgen bereiteten der Slowakei mögliche Reaktionen Russlands. Obwohl der russische Außenminister Lavrov seinem slowakischen Amtskollegen im Mai zugesagt hatte, dass die Variante von Gaslieferungen über die Leitung Vojany-Uschhorod für Moskau akzeptabel sei, gelangte im Herbst vorübergehend weniger russisches Gas in die Slowakei. Die Slowakei steigerte daraufhin die Importe aus der Tschechischen Republik.

Wirtschaftspolitik zwischen Konsolidierung und Flexibilisierung

Die slowakische Regierung konnte im Juni 2014 einen wichtigen Erfolg erzielen, da die Europäische Kommission die Slowakei aus dem Defizitverfahren entließ. Damit bewies die sozialdemokratische Regierung Fico, dass sie trotz gelegentlicher rhetorischer Anti-Spar-Einwürfen eine Politik der Haushaltssanierung verfolgte. Gleichwohl drängt Bratislava nun auf eine Lockerung des strengen Konsolidierungskurses. Auf einem außerordentlichen Parteitag der Smer-SD Ende Juni kündigte Fico ein „positives Maßnahmenpaket“ an, das u.a. kostenfreie Bahnreisen für Schüler, Studenten und Rentner, Steuererleichterungen und niedrigere Gaspreise für Familien beinhalten soll. Derlei Versprechungen eröffneten offensichtlich den Vorwahlkampf für die 2016 anstehenden Parlamentswahlen, denn Fico formulierte klar: „Die Menschen werden uns nicht für die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen wählen, sondern dafür, was sie in ihrem Leben erfahren.“¹⁰ Gleichzeitig forderte Fico mit Blick auf die EU zusätzlichen Spielraum in der Haushaltspolitik. Bei einem Treffen der europäischen Sozialisten in Paris im Juni machte sich Fico für eine elastischere Interpretation des Stabilitäts- und Wachstumspakts stark. Im Herbst erklärte er, mit einem Seitenhieb auf Frankreich und Italien, „dass die Regeln [in der EU offensichtlich] nur für Kleine und Schwache, nicht für Große und Starke gelten sollen“. Wenn die großen Staaten in der Eurozone nicht in der Lage seien, ihre Defizite zurückzuführen, so werde sich auch das Tempo der Konsolidierung in der Slowakei konsolidieren.¹¹

Ausblick

Das Jahr 2014 war für die Slowakei ein Jahr des Rückblicks, des Ausblicks und der Ungewissheiten. Im zehnten Jahr nach Erlangung der Mitgliedschaft in EU und NATO zogen alle relevanten politischen Kräfte eine positive Bilanz der Eingliederung in die wirtschaftlichen und politischen Strukturen des Westens. Die von Ministerpräsident Fico in seiner bilanzierenden Rückschau formulierte europapolitische Leitlinie, der zufolge sich „die Slowakei im Zentrum der europäischen Integration halten“ müsse,¹² wird gegenwärtig auch von den wichtigsten Akteuren der Opposition befürwortet. Während das Land durch die Einbettung in die Eurozone, durch die Teilnahme an der Bankenunion, durch die Bereitschaft an einer gemeinsamen Finanztransaktionssteuer mitzuwirken, aber auch durch die wachsende energiepolitische Verflechtung mit den Nachbarländern fest ins Kerngeschehen der EU eingebunden ist, erschweren Ambivalenzen in Sachen Ost- und Russlandpolitik eine effizientere Rolle der Slowakei in wichtigen Feldern der europäischen Außenpolitik.

10 Fico chysta „pozitivni balicek“. Slibuje levnejši plyn i vlak zdarma, Meldung des Portals idnes.cz vom 28.6.2014, <http://ekonomika.idnes.cz>.

11 Fico prekvapuje: Pravidla majú platiť len pre malých a slabých, Meldung des Portals topky.sk vom 25.10.2014, www.topky.sk.

12 Slovensko chce iny vyklad Paktu stability a rastu, Meldung des Portals Euractiv.sk vom 23.6.2014, www.euractiv.sk.